

Jugendamt

Sitzungsdrucksache Nr. 139/2007  
**-öffentliche Sitzung-****B e s c h l u s s v o r l a g e****TOP: Präventive Hilfen für Familien in Lüdenscheid****Vorgesehene Beratungsfolge:**

Jugendhilfeausschuss

**Termine:**

21.08.2007

**Beschlussvorschlag:**

Die bestehenden Angebote für junge Familien mit besonderen Belastungen sollen durch das Programm „Frühe Hilfen = bessere Chancen“ optimiert werden.

Hierzu wird beim Jugendamt für die Dauer von zwei Jahren eine Koordinierungsstelle eingerichtet, die im Umfang einer halben Planstelle mit einer sozialpädagogischen Fachkraft besetzt wird.

Ziel der Arbeit dieser Koordinierungsstelle ist es, ein Konzept zu entwickeln, um individuelle Hilfen zeitnah und zielgerichtet anbieten und erbringen zu können. Es soll mit möglichst vielen Jugendhilfeleistern und Gesundheitsdiensten (Gesundheitsamt, Hebammen, Ärzte, Hebammen Kinderkrankenschwestern...) ein effektives Netzwerk in Lüdenscheid aufgebaut werden.

Angesichts der aktuellen Diskussion um Kindeswohl und Kinderschutz sollten junge Eltern und Profis in gleicher Weise behutsam wie angemessen handeln können. Dafür brauchen sie Informationen über dezentrale und zentrale Hilfen und Anlaufstellen. Hierzu wird ein Flyer mit den wichtigsten Adressen erstellt.

### Finanzielle Auswirkungen:

Für die Besetzung der Koordinationsstelle im Umfang einer halben Planstelle fallen Kosten in Höhe von rund 20.000 € p.a. an.

Für die Erstellung und den Druck des Flyers in einer Auflage von 3.000 Stück werden ca. 1.000 € veranschlagt.

Das Angebot des Programms „HIPPY“ soll in das zu entwickelnde Gesamtangebot der präventiven Hilfen mit ca 10.000 € integriert werden. Etwaige Fördergelder von Seiten des Bundes (Modellprojekte) oder des Landes werden zur Entlastung des kommunalen Aufwandes vorrangig berücksichtigt.

Die insgesamt benötigten 31.000 € können durch Einsparungen aufgrund der am 11.12.2006 vom Rat der Stadt Lüdenscheid beschlossenen Hortschließungen (Vorlage 185/2006/1) gedeckt werden.

Die Personalbesetzung für die neu entstehende Koordinierungsstelle wird im Wege der durch die Hortschließungen notwendigen Umsetzungen durchgeführt, d.h. wird stellenneutral sein.

### Grundlage der Aufgabe:

§ 1 SGB VIII insbesondere Absatz 3 Ziff.3 „Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gefahren für ihr Wohl“.

§ 8a SGB VIII:

Das Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz (KICK), das am 1. Oktober 2005 in Kraft getreten ist, präzisiert durch verschiedene – neu gefasste oder neu eingefügte – Normen den Schutz bei Kindeswohlgefährdung u.a. die Konkretisierung des Schutzauftrags bei Kindeswohlgefährdung. Der im Fokus dieser Empfehlungen stehende § 8 a SGB VIII verpflichtet das Jugendamt und die Träger zur Gewährleistung des besseren Schutzes von Kindern und Jugendlichen vor Gefahren für ihr Wohl.

Diese gesetzlichen Änderungen werden durch Empfehlungen sowie gezielt angelegte Kampagnen des BMFSFJ als auch der Landesregierung mit unterschiedlichen Modellprojekten unterstrichen.

Aufgrund eines gemeinsamen Antrages aller Fraktionen im Rat beschloss der Jugendhilfeausschuss der Stadt Lüdenscheid in seiner Sitzung am 31.10.2006 einstimmig, eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel einzurichten, die Erziehungshilfe allen Lüdenscheider Familien transparenter und bekannter zu machen. „Insbesondere im Vorfeld der Hilfen zur Erziehung soll ein Konzept entwickelt werden, in dem Familien so früh wie möglich auf Hilfen und Hilfestellungen des Jugendamtes hingewiesen werden.“

## **Begründung:**

Die bundesweit gehäuft bekannt gewordenen Fälle von Kindesmisshandlungen und Kindestötungen haben die Notwendigkeit der präventiven Hilfen wieder in den Vordergrund gerückt. Zwar bestehen in Lüdenscheid bereits viele Angebote und Hilfen für in Risikolagen lebende Kinder und Familien, jedoch sind weitere Schritte erforderlich, um das Netz der Unterstützer noch dichter und wirksamer zu gestalten.

Anfangs bestand die Arbeitsgruppe aus Fachkräften der Verwaltung, je einer Vertretung der Fraktionen sowie zwei Vertretungen Freier Träger. Von Februar bis Mai 2007 gab es vier Arbeitskreissitzungen, wobei der Teilnehmerkreis gleich zu Beginn und im Verlauf der Treffen um weitere Vertreterinnen und Vertreter von Trägern und Institutionen erweitert wurde: SOS-Kinderdorf, Deutscher Kinderschutzbund, Märkisches Kinderschutz-Zentrum, Gesundheitsdienste des MK, Berglandklinik, Frauenklinik Lüdenscheid, Geburtshaus Lüdenscheid, Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, Familienzentren.

Die Arbeitsgruppe hat sich mit Beschreibungen von Kindeswohlgefährdung und der Frage beschäftigt, was Kinder brauchen, um sich gut entwickeln zu können. Ferner wurde sich mit den einzelnen Risikofaktoren und Häufigkeiten psychosozialer Belastungen in Familien auseinandergesetzt.

Einen großen Raum nahm das „Düsseldorfer Modell“ ein, das wissenschaftlich von der Universität Ulm begleitet wurde und das beinhaltet, dass zunächst alle Schwangeren und Neugeborenen potentielle Ansprechpartner sind. Begrüßt wurde, dass durch den „breiten Fächer“ im Vorhinein keine Familie durch das Raster fällt.

Die durch die Arbeitsgruppe erarbeiteten Vorschläge sind im Kontext eines „Frühwarnsystems“ zu verstehen und sollen so früh wie möglich die Hemmschwellen für Schwangere und Eltern(teile) dahingehend senken, entsprechende Unterstützungsleistungen anzunehmen. Dies beinhaltet u.a. die Erschließung von niedrigschwelligen Zugangsmöglichkeiten, mit dem Ziel, eine höhere Akzeptanz, mehr Begleitung - statt Kontrolle- zu bekommen.

## **Praxisbeispiele und Ideen**

Es wurden verschiedene Praxisbeispiele aus Lüdenscheid und anderen Städten vorgestellt und weiterführende Ideen diskutiert:

- Vereinbarungen und Kooperationsverträge zur Umsetzung des § 8 a SGB VIII
- Schaffung verbindlicherer Früherkennungsuntersuchungen (U1-U9 zur Zeit ca. 95%)
- Bessere Nutzung von Vorsorgeuntersuchungen für Schwangere und (Klein-)Kinder
- Spezialisierung auf Risikofamilien -> Einführung eines „grünen Heftes“ mit Schwangerschafts- und Entwicklungsdokumentation (Düsseldorfer Modell)
- Entlastungsangebote für Risikofamilien
- Einrichtung eines Mutter-Kind-Hauses (Wohnangebot für junge Mütter)
- Perspektiventwicklung (Schule, Beruf, familiäre Situation) für minderjährige Mütter mit Mehrfachproblemen
- Verbesserung der schulischen Ausbildung -> Abschlüsse unterstützende Maßnahmen
- Erweiterung von Aufklärungskampagnen an Schulen
- Früheres Ansetzen des „Frühwarnsystems“ vor der Geburt (Gynäkologen)
- Begleitung der Kinder bis 3. zum Lebensjahr (Ausbau der Caritas-Schwangerenberatung Mitte d.J./ Aufhänger für Hausbesuche)
- Verstärkung nachgeburtlicher Angebote (Hebammen, Kinderkrankenschwestern, Caritas bzw. Donum Vitae)
- Publikation von Hilfsangeboten in Lüdenscheid (Flyer/ Auslage in Arztpraxen, Bürgeramt, Kindertageseinrichtungen, Beratungsstellen usw.).
- Verteilung von Elternbriefe (altersgerecht , gezielt)

- Ausdifferenzierung der Familienzentren auf Stadtteilebene (z.B. Dickenberg/ SOS Kinderdorf Familienpatenschaften + Nachbarschaftshilfe)
- Durchführung von Sprachkursen in Familienzentren bzw. auch von Hausbesuchen
- Erweiterung eines Kursangebotes für junge Eltern (Familienbildung/ Familienzentren)
- Wahrnehmung von Beratungsangeboten der verschiedenen Beratungsstellen und der Familienhilfe des Jugendamtes sowie speziell z.B.
  - Elterntelefon, Kinder- und Jugendtelefon (DKSB)
  - Schreiberberatung (Märkisches Kinderschutz-Zentrum)
  - Elternschule (Berglandklinik)
  - Kostenfreie Mütterberatung
  - Ehrenamtsbörse
- Umsetzung von „Lotsen Projekten“ (z.B. AnsprechpartnerInnen in Kitas -> helfen Erziehungsunsicherheiten auszuräumen und vermitteln)
- Neugeborenenempfang u. Begrüßung (Handlungsfeld „Familie Intern“ Lokales Bündnis f.F.)
- u.v.m.

Einig waren sich die Mitglieder des Arbeitskreises darüber, dass es künftig darum gehen muss, eine enge Verzahnung der bereits in großer Vielfalt bestehenden Angebote vorzuhalten und Absprachen der Weiterentwicklung zu treffen, damit möglichst wenig Betreuungslücken entstehen bzw. vorhandene geschlossen werden.

### **Schwerpunktsetzung**

Die unterschiedlichen Ideen und Anregungen wurden von der Arbeitsgruppe nach inhaltlichen Schwerpunkten zusammengefasst und gewichtet. Sie werden hiermit dem JHA zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Hierzu wurde eine Prioritätenliste erstellt:

#### 1) Koordination und Vernetzung

Es geht darum, eine Bestandsaufnahme über vorhandene Leistungen und Angebote zu erheben, engere Vernetzungsstrukturen von Gesundheits- und Jugendhilfe zu erreichen, beispielsweise „Runde Tische“ mit Ärzten u.a. einzurichten. Ziel ist, durch Vernetzung und Kooperation die unterschiedlichen Ressourcen so zu organisieren, dass die Zielgruppe der Risikofamilien frühzeitiger erreicht wird.

#### 2) Flyer

Eine gezielte Information im Rahmen „Präventiver Hilfen“ wird mittels eines Flyers gesehen und zwar für die Zielgruppen:

- Familien
- Junge Eltern (z.B. bei Hausbesuchen)
- Geburtskliniken, niedergelassene Ärzte..., Unterstützer/-innen (Adresskatalog)

#### 3) Familienzentren

Der Ausbau der Familienzentren ist im Rahmen des vom Land NRW geförderten Programms gesamtstädtisch anzustreben und umzusetzen. Es sollen die bestehenden „Vertrauens-Verhältnisse“ wohnortnah genutzt werden, um Risikofamilien auch durch Entlastungsangebote zu erreichen.

Die nachfolgend genannten Schwerpunkte müssen im Rahmen von Koordination und Vernetzung möglichst Berücksichtigung finden:

#### Clearingfunktion (Düsseldorfer Modell)

Eine Clearingfunktion soll insbesondere in den ersten 12 Lebensmonaten für Kinder mit erhöh-

tem medizinischen und sozialem Risiko sowie deren Eltern das Gelingen einer optimalen individuellen Nach- und Vorsorge sicherstellen. Hierzu ist es notwendig, dass Mitarbeiter/-innen von Gesundheits- und Jugendamt, Sozialarbeiter/-innen, Ärzte, Kinderkrankenschwestern, Hebammen, Mitarbeiter/-innen von Beratungsstellen u.a. familienbezogenen Diensten Fälle mit wahrscheinlichem Präventionsbedarf abklären und eine Verlaufsbegleitung bis hin zur Rücklaufkontrolle bei mangelnder Vorsorgeuntersuchung organisieren. Bei Verdachtsmomenten soll möglichst zeitnah ein Hausbesuch oder eine andere Maßnahme durchgeführt werden. Hierbei ist es noch unklar, ob und inwieweit diese Clearing- oder Steuerungsfunktion von einem der bestehenden Dienste als Dachorganisationseinheit „Clearingstelle“ übernommen oder als „Team“ –Clearing“ durchgeführt wird.

#### Risikofaktoren

Es ist sinnvoll, dass frühpräventive Hilfen schon in der Schwangerschaft ansetzen. Hier können u.a. die Gynäkologen, Schwangerenberatungsstellen, Hebammen, Geburtskliniken und niedergelassene Ärzte einen wesentlichen Beitrag im Rahmen von Frühwarnsystem und Erkennung von Risikofaktoren leisten. Das Vertrauen der (werdenden) Mütter fungiert somit als Türöffner für die Inanspruchnahme weiterführender Hilfen.

#### Junge Mütter

Hier steht die Betreuung und Platzverweigerung der unter 3-jährigen Kinder im Vordergrund. Inwieweit eine Mutter-Kind-Einrichtung bzw. ein Wohnangebot für junge Mütter innerhalb der Stadt Lüdenscheid konkretisiert werden kann, ist zu prüfen.

#### Früherkennungsuntersuchungen

Die Früherkennungsuntersuchungen U1-U9 werden von etwa 90% der Bevölkerung wahrgenommen. Ein Augenmerk ist auf die restlichen Prozente zu richten, bei denen die Vermutung besteht, dass Kinder aus Risikofamilien seltener zu den Früherkennungsuntersuchungen gehen. Hier müsste eine höhere Verbindlichkeit geschaffen werden.

Das „Düsseldorfer Modell“ erweitert die medizinische Vorsorge mit dem sogenannten „Grünen Heft“. Die Ausstattung eines Kindes nach der Geburt mit einem solchen Scheckheft kann im ersten Lebensjahr den Standard der kinderärztlichen Vorsorge verbessern, ist aber auf Freiwilligkeit ausgerichtet. Kinderärztliche Untersuchungen finden einmal im Monat und somit in größerer Zahl statt als beim üblichen Vorsorgeprogramm. Zu jeder der 12 Vorsorgeuntersuchungen enthält das Heft eine herauszunehmende Karte, in welcher der Kinderarzt die von ihm vorgenommene Vorsorgeuntersuchung dokumentiert. Eine zeitnahe Rücklaufkontrolle dieser vom Kinderarzt an die Clearing – Stelle zusendenden Karten stellt sicher, dass die vorgesehenen Vorstellungen beim Kinderarzt tatsächlich stattfinden.

### **Ergebnis**

Es ist zu empfehlen, dass im Sinne von Gesundheitsförderung und Prävention von Kindeswohlgefährdungen Ansätze und Perspektiven vor Ort für unterschiedliche Zielgruppen in ihren Lebenswelten (z.B. Kindergärten, Schulen) weiterentwickelt werden. Bei den Risikogruppen kommt es darauf an, nicht nur die Kontrolle der physischen Gesundheit, sondern auch die psychische und emotionale Entwicklung der Familie in den Blick zu nehmen.

Für die Weiterentwicklung eines präventiven und wirksameren Kinderschutzes in Lüdenscheid sind nach Einschätzung der Arbeitsgruppe vorrangig folgende Maßnahmen zu ergreifen, die zusammengefasst mit dem Programmtitel „Frühe Hilfen = bessere Chancen“ bezeichnet werden:

#### a) Einrichtung einer Koordinierungsstelle auf Zeit

Da bereits verschiedenen Angebote und Einrichtungen der (Früh-) Prävention in Lüdenscheid bestehen, ist die Kooperation im Sinne der gegenseitigen „Vernetzung“ zu verbessern und die Zusammenarbeit zu koordinieren. Für den Aufbau von Vernetzungsstrukturen wird eine halbe Planstelle für zwei Jahre benötigt.

b) Druck und Verteilung eines Flyers

Bestehende Angebote sollen durch einen Flyer zugänglicher gemacht werden.

c) Ausbau und Förderung von Stadtteilprojekten/ Familienzentren

Die bestehenden zwei Familienzentren werden in 2007 um zwei erweitert. Grundlegendes Merkmal eines Familienzentrums ist der Sozialraumbezug. Die niederschweligen Unterstützungs- und Entlastungsangebote richten sich an Familien im Umfeld beispielsweise in Form von Rucksackmodellen: Arbeiten mit Stadtteilmüttern und –vätern (ähnlich wie im Sprachbereich).

d) Umsetzung des Programms „HIPPY“

HIPPY (Home Instruction for Parents of Preschool Youngsters) ist ein interkulturelles Förderprogramm für Vorschulkinder mit erzieherischen Entwicklungsdefiziten und familialen Problemlagen, insbesondere für Familien mit Migrationshintergrund.

Ziele sind:

- die verbesserte Schulvorbereitung durch Sprachförderung
- eine Steigerung der Lernmotivation
- Förderung elterlicher Erziehungskompetenz
- Stärkung der Mutter-Kind-Beziehung

Mit seinem Hausbesuchsprogramm unterstützt HIPPY sozial benachteiligte Eltern dabei, ihre 4- und 5-jährigen Kinder in der kognitiven und sozialen Entwicklung zu fördern. Es baut auf der engen Bindung zwischen Eltern und ihren Kindern auf, die eine wichtige Basis für die frühen Lernerfahrungen von Kindern ist. In einer zweijährigen Programmphase werden Eltern wöchentlich mit einem Paket von Spiel- und Lernaktivitäten ausgestattet und eingewiesen, so dass die Bildungschancen ihrer Kinder schon frühzeitig verbessert werden können.

Gleichzeitig findet im Rahmen regelmäßiger Gruppentreffen mit allen Beteiligten eine gezielte Elternbildung zu Themen wie Erziehung, Gesundheit, Ernährung etc. statt, Informationen über Bildungsangebote werden gegeben und soziale Kontakte im Stadtteil können aufgebaut werden.

Laut Auskunft von verschiedenen Städten, die bereits mit dem HIPPY-Programm arbeiten, ist ein Kostenaufwand von ca. 1.000 € pro Kind und Jahr realistisch.

Die besondere Attraktivität dieses bewährten Programms liegt in der Anerkennung bei Drittmittelgebern. So könnten bei Anwendung des HIPPY-Programms Zuschussanträge bei Stiftungen, der Aktion Mensch und dem Europäischen Flüchtlingsfond gestellt werden, die zu Kostenentlastungen beitragen.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass mit der Einrichtung der Koordinierungsstelle noch nicht alle Probleme und Fragen gelöst sind, die im Wege der bundesweiten Aufarbeitung der öffentlich gewordenen Fälle um Kindesmisshandlungen und Kindstötungen diskutiert werden. Aus diesem Grunde wird die Verwaltung noch im Herbst dieses Jahres nochmals auf das Thema zurückkommen.

Lüdenscheid, den .08.2007

In Vertretung:

Dr. Schröder  
Erster Beigeordneter